

II- 673 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 10. Dez. 1970 No. 346/Y

A n f r a g e

der Abgeordneten M e l l e r , P e t e r und Gerossen
an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung,
betreffend Weisungen an die Schiedskommissionen.

Die von Ihnen über Vorschlag der Kriegsoferorganisation
berufenen Ersten Eesitzer der Schiedskommissionen sind in der
Zeit vom 9. bis 11. September 1970 in Freiland zu einer Konferenz
zusammgetreten, um insbesondere zu jenen Problemen Stellung
zu nehmen, die durch die Weisungen des Bundesministeriums für
soziale Verwaltung entstanden sind. Es wurde festgestellt, daß ein
Eingreifen in die freie Eeweiswürdigung nicht zulässig ist. Auch die
Feststellung des maßgeblichen Sachverhaltes muß der Eehörde zweiter
Instanz überlassen bleiben. Wenn diese jedoch an eine Weisung der
Oberbehörde gebunden wird, ergibt sich nicht mehr eine Entschel-
dung der Schiedskommission, sondern jene der für den Empfänger
des Bescheides anonymen Oberbehörde. Der Versorgungsberechtigte
macht dann jedoch die Schiedskommission und deren Mitglieder ver-
antwortlich - dies umso mehr, als ein Hinweis auf die Weisung
des Ministeriums untersagt ist.

Nach Ansicht der Ersten Eesitzer der Schiedskommissionen
ist eine Einwirkung der Oberbehörde auf Entscheidungen der Schieds-
kommissionen nur dann gerechtfertigt, wenn diese gesetzlichen Ee-
stimmungen widersprechen.

Zu diesem Sachverhalt hat die Eesitzerkonferenz ein aus-
führliches Memorandum erarbeitet und dem Herrn Bundesminister für
soziale Verwaltung vorgelegt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn
Bundesminister für soziale Verwaltung die

A n f r a g e :

- 1) Haben Sie das Memorandum der Schiedskommissionsabesitzer-
Konferenz vom 11. September 1970 studiert?
- 2) Welche Folgerungen haben Sie aus dem Memorandum gezogen?

-2-

- 3) Haben Sie an die zuständige Sektion Anweisung gegeben, die Erlässe an die Schiedskommissionen zu katalogisieren und jene zu widerrufen, die in die Feststellung des maßgeblichen Sachverhaltes und die freie Beweiswürdigung durch die Schiedskommissionen eingreifen?
- 4) Was gedenken Sie zu tun, um in Zukunft Eingriffe des Ministeriums in die Tätigkeit der Schiedskommissionen zu unterbinden, sofern nicht gesetzliche Bestimmungen verletzt werden?
- 5) Sind Sie bereit, eine allgemeine Weisung an die Versorgungsbehörden zu erlassen, in der veranlaßt wird, daß die Kriegesopfer auf ihnen zulehrende Rechte aufmerksam gemacht werden und daß bei Entscheidungen das soziale Versorgungsziel im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zu beachten ist und nicht die Suche nach Ablehnungsgründen im Vordergrund zu stehen hat?

Wien, 10.12.1970